



Forderungen des Klima-Bündnis für eine neue deutsche Klimapolitik

Kommunalen Klimaschutz unterstützen und fördern

Veröffentlicht im November 2021

Das Klima-Bündnis engagiert sich seit 30 Jahren für ambitionierten, umfassenden und gerechten Klimaschutz. Über 560 Kommunen in Deutschland – von Landeshauptstädten und Landkreisen bis hin zu kleinen Gemeinden – sowie mehrere Bundesländer, haben sich seit 1990 dem Klima-Bündnis angeschlossen. Dabei haben sie sich dazu verpflichtet, ihre Treibhausgasemissionen kontinuierlich zu vermindern sowie für Klimagerechtigkeit einzustehen. Zurzeit leben 44.763.065 Menschen, also gut 54 % der Einwohner*innen Deutschlands, in Klima-Bündnis-Kommunen.

Ausgehend von einzelnen eher technisch ausgerichteten Klimaschutzmaßnahmen haben viele Mitgliedskommunen ihre Strategien weiterentwickelt. Sie beziehen heute private Verbraucher*innen, Verbände und Unternehmen in ihre Aktivitäten mit ein. Sie werben in der Bürgerschaft für Akzeptanz für Klimaschutz- und Anpassungsmaßnahmen und machen diese greifbar. Diese Kommunen bilden somit die zentrale Schnittstelle zwischen Bundes- und Landespolitik und den Bürger*innen. Ihre Erfahrungsberichte und Treibhausgasbilanzen belegen, dass ihre Aktionsprogramme in vielen klimarelevanten Bereichen deutliche Fortschritte erzielen konnten.

NEUN FORDERUNGEN FÜR DIE LEGISLATURPERIODE 2021 – 25

Wir, die 561 Mitglieder des Klima-Bündnis in Deutschland, vertreten durch die deutsche Nationalkoordination des Klima-Bündnis, fordern die Parteivorsitzenden, Fraktionsvorsitzenden und Bundestagsabgeordneten auf, in der Legislaturperiode 2021 – 2025, die unten genannten Punkte in ihre Klimaschutzstrategie aufzunehmen und umzusetzen.

Erläuterungen zu den einzelnen Punkten folgen auf Seite 3.

1. Kommunalen Klimaschutz stärken

Kommunen benötigen für ein wirksames und nachhaltiges Klimaschutz- und Anpassungsmanagement leistungsfähige Abteilungen, finanzielle Mittel und rechtliche Grundlagen. Wir fordern, in Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern Klimaschutz- und Klimaanpassungsmanagement zur Pflichtaufgabe für Kommunen zu erklären.

KLIMA-BÜNDNIS

**Europäische Geschäftsstelle
und Deutsche
Nationalkoordination**

Galvanistr. 28
60486 Frankfurt am Main
Deutschland

T. +49 69 717139 0
europe@klimabuendnis.org

klimabuendnis.org

- 2. Klimaschutz und Klimawandelanpassung zusammenbringen**
Klimaschutz muss an erster Stelle stehen, um die Folgen der Erderhitzung zu minimieren. Gleichzeitig müssen wir für diese Folgen vorsorgen.
- 3. Den Transformationsprozess gerecht gestalten**
Eine effektive Bewältigung der Klimakrise erfordert gerechtes Handeln gegenüber denjenigen, die wenig oder gar nicht zum Klimawandel beitragen. Wir fordern, Maßnahmen zur Energiearmutsbekämpfung in nationale, regionale und lokale Klimaschutzkonzepte zu integrieren sowie Unterstützung indigener Völker darin, ihre Wälder zu erhalten.
- 4. Den Fokus auf effektive Klimaschutzmaßnahmen legen**
Wir fordern, den Fokus auf die reale Vermeidung von CO₂-Emissionen zu legen sowie die Berücksichtigung der durch die Erderhitzung verursachten Klimafolgekosten. Wir sprechen uns deshalb gegen Technologien zur Kohlenstoffabscheidung und -speicherung (CCS) und CO₂ Kompensationsmaßnahmen aus.
- 5. 100 % Erneuerbare und Energieeinsparungen für alle ermöglichen**
Nationale Rahmenbedingungen müssen Kommunen und Bürger*innen dabei unterstützen, ihren Energiebedarf zu 100 % aus Erneuerbaren zu decken. Das heißt, Energie maximal einzusparen und lokale Potenziale für die nachhaltige Energieerzeugung auszuschöpfen.
- 6. Die Wärmewende vorantreiben**
Wir fordern, dass eine flächendeckende kommunale Wärmeplanung ebenso wie effiziente Wärmenetze und die Umstellung auf erneuerbare Heizsysteme gefördert werden.
- 7. Gebäude fit für die Energiewende machen**
Die Anforderungen an die Energieeffizienz von Gebäuden und Sanierungen müssen erhöht werden zusammen mit der Einführung einer Pflicht zur Prüfung und Nutzung lokal verfügbarer erneuerbarer Energien.
- 8. Verkehrsinfrastruktur für die Zukunft ausbauen**
Die Infrastruktur für Fußgänger*innen, Radfahrer*innen und ÖPNV-Nutzer*innen muss stärker und schneller ausgebaut werden, um nachhaltige und klimafreundliche Verkehrsstrukturen zu etablieren. Hierfür sind substantiell höhere Finanzmittel zur Verfügung zu stellen.
- 9. Natürliche Ressourcen erhalten**
Natürliche Kohlenstoffsenken wie Wälder und gesunde Böden müssen erhalten und vergrößert werden, um zu verhindern, dass sie zu zusätzlichen Quellen von CO₂-Emissionen werden. Kommunale Anstrengungen, um eine Trendwende im Flächenverbrauch und der Degradation der Böden einzuleiten, müssen unterstützt werden.

ERLÄUTERUNGEN ZU DEN NEUN FORDERUNGEN

1. KOMMUNALEN KLIMASCHUTZ STÄRKEN

Die kommunalen Kompetenzen, die quantitativen CO₂-Reduktionsziele zu erreichen und Anpassungsmaßnahmen umzusetzen, werden von nationalen und europäischen Rahmenbedingungen beeinflusst. Angesichts der Dringlichkeit des Klimaschutzes werden aktuell auf allen politischen Ebenen und in der öffentlichen Diskussion die Klimaschutzziele verschärft. Dies begrüßen wir. Die anspruchsvollen Zielsetzungen müssen jedoch in Einklang mit den rechtlichen Rahmenbedingungen gebracht werden, um wirkungsvollen und nachhaltigen kommunalen Klimaschutz zu ermöglichen. Hierfür braucht es in jeder Kommune dauerhaft leistungsfähige Abteilungen für Klimaschutz- und Anpassungsmanagement, finanzielle Mittel und eine rechtliche Grundlage zur Gestaltung dieses gesellschaftlichen Transformationsprozesses. Denn bis heute sind Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel, obwohl zentral für die Daseinsvorsorge, freiwillige Aufgaben der Kommunen und haben damit einen geringeren rechtlichen Stellenwert als beispielsweise Lärmschutz oder Denkmalschutz. **Deshalb fordern wir den Einsatz der Bundesregierung in Zusammenarbeit mit den Ländern, Klimaschutz- und Klimaanpassungsmanagement zur Pflichtaufgabe für Kommunen zu erklären.**

Auch im Bau- und Planungsrecht müssen Hemmnisse abgebaut und neue Handlungsoptionen für eine klimafreundliche Stadtentwicklung eröffnet werden, die den Kommunen Festsetzungen u.a. zum energieeffizienten Bauen, zur Nutzung erneuerbarer Energien, zum Anschluss an regenerative Wärmeversorgungssystemen und zur Kreislaufwirtschaft ermöglichen.

2. KLIMASCHUTZ UND KLIMAWANDELANPASSUNG ZUSAMMENBRINGEN

Laut des im August 2021 veröffentlichten Sechsten Sachstandsberichts (AR6) des IPCC wird die durchschnittliche Temperaturerhöhung von 1,5 °C voraussichtlich schon wesentlich früher eintreten als bisher gedacht. Deshalb ist es wichtig, Klimawandelanpassung und Klimaschutz zusammen zu denken und entsprechend zu handeln. **Klimaschutz muss an erster Stelle stehen, um die Folgen der Erderhitzung möglichst gering zu halten. Gleichzeitig müssen wir für die Folgen dessen vorsorgen.** Die Erderhitzung führt zu erhöhten Risiken für die Bewohner*innen unserer Städte und Gemeinden sowie für die kommunale Infrastruktur. Dies erfordert zusätzliche Anpassungen bei der Planung, beim Betrieb und beim Ausbau der Infrastruktur sowie die Schaffung von Strukturen, die die hierfür notwendige Koordination zwischen kommunalen Einrichtungen und Abteilungen ermöglichen.

3. TRANSFORMATIONSPROZESS GERECHT GESTALTEN

Eine effektive Bewältigung der Klimakrise erfordert nicht nur große Ambitionen, sondern auch gerechtes Handeln gegenüber denjenigen, die wenig oder gar nicht dazu beitragen. Dies spiegelt sich im Bündnis zwischen den Kommunen im Klima-Bündnis und dem Dachverband der indigenen Organisationen COICA wieder. **Die indigenen Völker müssen darin unterstützt werden, ihre Wälder und Lebensräume zu schützen und zu erhalten.** Zudem lernen wir von ihnen, wie Klimaschutz

unter Berücksichtigung komplexer Wechselwirkungen, z. B. in den Bereichen Biodiversität, Landnutzung oder Ökosystemfunktionen, aussehen kann. Wir begrüßen die Ratifizierung der ILO-Konvention Nr. 169 über eingeborene und in Stämmen lebende Völker und fordern für deren Umsetzung eine umfassende und kohärente Strategie der Bundesregierung.

Hier in Europa ist die Beseitigung der Energiearmut ein komplementäres Pflichtelement einer gerechten Klimapolitik. **Wir empfehlen, Maßnahmen zur Energiearmutsbekämpfung in nationale, regionale und lokale Klimaschutzkonzepte zu integrieren.** Denn die Schaffung gesunder und erschwinglicher Wohnungen oder Zugang zu Mobilität sind essentiell, um Menschen Teilhabe an der Gesellschaft und Zugang zu Gesundheit, Erziehung und Kultur zu ermöglichen.

4. DEN FOKUS AUF EFFEKTIVE KLIMASCHUTZMAßNAHMEN LEGEN

Das Klima-Bündnis ist das einzige kommunale Netzwerk mit einem Treibhausgas-minderungsziel. Die Frage, WIE die Reduzierung der Emissionen erreicht werden soll, ist für uns aber ebenso relevant wie ambitionierte Ziele. **Wir fordern, den Fokus auf die reale Vermeidung von CO₂-Emissionen, insbesondere durch Energieeffizienz, erneuerbare Energien, klimafreundliche Mobilität und Kreislaufwirtschaft, zu legen.** Wir empfehlen die Berücksichtigung der durch die Erderhitzung verursachten Klimafolgekosten. Aktuelle Kostenschätzungen des Umweltbundesamtes beziffern die Klimafolgekosten aus heutiger Sicht auf rund 195 Euro pro Tonne Treibhausgas.

Wir sprechen uns deshalb gegen die Förderung von Technologien zur Kohlenstoffabscheidung und -speicherung (CCS) sowie CO₂-Kompensationsmaßnahmen aus. Diese verzögern nur eine effektive CO₂-Emissionsreduktion und die Umstellung auf erneuerbare Energien. Kompensationsmaßnahmen, also ein Ausgleich von CO₂-Emissionen durch die Finanzierung von Projekten Dritter, führen in vielen Fällen lediglich zu einer bilanziellen Verlagerung der Emissionen und der Verantwortung, nicht aber zu einer echten Emissionsverminderung.

5. 100 % ERNEUERBARE UND ENERGIEEINSPARUNGEN FÜR ALLE ERMÖGLICHEN

100 % erneuerbare Energien in den Bereichen Strom, Wärme und Mobilität sind die zentrale Grundlage, um Treibhausgasemissionen zu reduzieren. **Die nationalen Rahmenbedingungen sollen Kommunen dabei unterstützen, ihren Energiebedarf zu 100 % aus erneuerbaren Energien zu decken.** Das heißt, Energie maximal einsparen, z. B. durch Effizienzmaßnahmen, sowie Kommunen ermöglichen, ihre lokalen und regionalen Potenziale für erneuerbare Energieerzeugung auszuschöpfen. Gleichzeitig muss der Ausbau von erneuerbaren Energien durch weitere private und öffentliche Akteure dringend vom Gesetzgeber gefördert und gefordert werden.

Für einen deutlichen Ausbau von Strom aus erneuerbaren Energien müssen das Erneuerbare Energien Gesetz (EEG), das Mieterstromgesetz und das Planungsrecht verbessert werden. Wir müssen sicherstellen, dass sich alle an der Energiewende beteiligen und von ihr profitieren können. **Wir fordern deshalb den Abbau**

bürokratischer und finanzieller Hemmnisse für die Eigenstromnutzung, die Lieferung an Mieter*innen und die Bürgerenergie und die Befreiung von der Ausschreibungspflicht ab 750 kW. Wir schlagen eine Zweckbindung der Kommunalabgabe für den kommunalen Klimaschutz vor.

6. DIE WÄRMEWENDE VORANTREIBEN

Zurzeit erfolgt lediglich 15 % der Wärmeversorgung mit regenerativen Energieträgern¹. **Wir fordern die vollständige Transformation der Wärmeversorgung auf erneuerbare Energien.** Hierfür sollen Bund und Länder eine flächendeckende kommunale Wärmeplanung und effiziente Wärmenetze fördern. Für einen wirtschaftlichen Betrieb müssen rechtliche Grundlagen für Anschlusspflichten an Wärmenetze und für den Rückbau von Erdgasnetzen klarer geregelt werden. Für Gebäude, die außerhalb des Bereichs von Wärmenetzen liegen, fordern wir eine bundesweite Verpflichtung für Eigentümer*innen von Wohn- und Nicht-Wohngebäuden, nach dem Tausch der zentralen Heizungsanlage erneuerbare Energien bei der Wärmeversorgung einzusetzen.

7. GEBÄUDE FIT FÜR DIE ENERGIEWENDE MACHEN

Im Fokus nachhaltiger Neubauten und Modernisierungen steht die Energieeffizienz als Priorität in Kombination mit erneuerbarer Energieerzeugung an Gebäuden. **Wir fordern deshalb, die Anforderungen an die Energieeffizienz von Gebäuden zu erhöhen sowie eine Pflicht zur Prüfung und Nutzung lokal verfügbarer erneuerbarer Energien einzuführen.** Hierfür braucht es dringend Anpassungen im Gebäudeenergiegesetz (GEG). Förderungen mittlerer Qualität sind im Hinblick auf die Lebensdauer von Gebäuden klimaschädlich. Darüber hinaus sollte bei Sanierungen grundsätzlich eine Nachhaltigkeits- oder Klimabilanz erstellt werden, die die im Lebenszyklus entstandenen Emissionen berücksichtigt, damit „einfacher“ Abriss und zusätzlicher Neubau nicht die Normalität bleibt.

8. VERKEHRSINFRASTRUKTUR FÜR DIE ZUKUNFT AUSBAUEN

Die Infrastruktur für Fußgänger*innen, Radfahrer*innen und ÖPNV-Nutzer*innen muss stärker und schneller ausgebaut werden, um nachhaltige und klimafreundliche Verkehrsstrukturen zu etablieren und die Lebensqualität in den Städten zu verbessern. Hierfür sind substanziell höhere Finanzmittel zur Verfügung zu stellen. Der aktuellen Vorrangstellung des motorisierten Individualverkehrs muss entgegengewirkt werden, denn verringert sich der Autoverkehr, verbessert sich die Luftqualität, wird klimaschädliches CO₂ eingespart und nimmt auch die Lärmbelastung ab. Parallel sollen die Voraussetzungen für den Ausbau von Antrieben auf Basis Erneuerbarer Energien verbessert werden.

¹ Quelle: www.umweltbundesamt.de/daten/energie/energieverbrauch-fuer-fossile-erneuerbare-waerme#warme#warmeerzeugung-aus-erneuerbaren-energien

9. NATÜRLICHE RESSOURCEN ERHALTEN

Natürliche Kohlenstoffsinken wie Wälder und gesunde Böden müssen erhalten und vergrößert werden, um zu verhindern, dass sie zu zusätzlichen Quellen von CO₂-Emissionen werden. Darüber hinaus bilden Wälder und gesunde Böden in Kommunen wichtige Retentionsflächen für Wasser, was angesichts des Anstiegs von Dürreperioden sowie Starkregenereignissen immer mehr an Bedeutung gewinnt. Diese natürlichen Kohlenstoffsinken leisten zudem einen wichtigen Beitrag zum Erhalt der Biodiversität, die essentiell für die Widerstandsfähigkeit der Ökosysteme ist, in denen wir leben. **Wir fordern, die Unterstützung kommunaler Anstrengungen, eine Trendwende im Flächenverbrauch einzuleiten und jede weitere Degradation der Böden zu verhindern.** Der Schutz von Waldgebieten, insbesondere der tropischen Regenwälder, sowie Mooren muss ein zentrales Ziel in der Entwicklungs- und Handelspolitik werden.

*Die Umsetzung der neun Forderungen des Klima-Bündnis ermöglicht kommunalen Klimaschutz als grundlegenden Baustein einer wirksamen und gerechten deutschen Klimaschutzstrategie und befähigt Kommunen ihrer Vorreiterrolle im direkten Kontakt mit den Bürger*innen gerecht zu werden.*

Gerne tauschen wir uns mit Ihnen über eine deutsche Klimaschutzstrategie aus, um gemeinsam neue Lösungswege zu entwickeln und umzusetzen. Wir freuen uns auf die Zusammenarbeit.

KONTAKTE

Thomas Brose

Geschäftsführer, Klima-Bündnis

+49 69 7171 39 -31 | t.brose@klimabuendnis.org

Svenja Schuchman

Nationalkoordinatorin, Klima-Bündnis Deutschland

+49 69 7171 39 -21 | s.schuchmann@klimabuendnis.org

DAS KLIMA-BÜNDNIS

Seit mehr als 30 Jahren arbeiten Mitgliedskommunen des Klima-Bündnis partnerschaftlich mit indigenen Völkern der Regenwälder gemeinsam für das Weltklima. Mit über 1.800 Mitgliedern aus 27 europäischen Ländern ist das Klima-Bündnis das größte Städtenetzwerk Europas, das sich für einen umfassenden und gerechten Klimaschutz einsetzt. Jede Klima-Bündnis-Kommune hat sich selbst verpflichtet, ihre Treibhausgasemissionen kontinuierlich zu vermindern, um eine Reduktion der CO₂-Emissionen im Sinne der Forderungen des Weltklimarats von mindestens 95 % bis 2050 (gegenüber 1990) zu erreichen. Da sich unser Lebensstil direkt auf besonders bedrohte Völker und Orte dieser Erde auswirkt, verbindet das Klima-Bündnis lokales Handeln mit globaler Verantwortung. www.klimabuendnis.org